

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Strategieplanung 2007 der Kommission

In ihrer am 14. März vorgelegten Jährlichen Strategieplanung für 2007 beschreibt die Kommission im Rahmen der Mitteilung „Durch Handeln das Vertrauen stärken“ ihre Prioritäten für das kommende Jahr und nennt die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Die Kommission, die 2007 die Halbzeit erreichen wird, orientiert sich an den strategischen Zielen Wohlstand, Solidarität und Sicherheit, die zu Beginn ihrer Amtszeit beschlossen worden waren. Die konkreten Maßnahmen, die 2007 vorrangig umgesetzt werden sollen, werden mit der Mitteilung zur Diskussion gestellt und erlauben es den Beteiligten, sich rechtzeitig auf die angekündigten Maßnahmen einzustellen. Im ersten Halbjahr übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft.

Die Kommission will mit ihrer Mitteilung dazu beitragen, durch erkennbare Fortschritte das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Die mit dem Aktionsplan für Kommunikation über Europa und dem Weißbuch über die europäische Kommunikationspolitik ergriffenen Initiativen sollen deshalb auch 2007 fortgesetzt werden. Wichtigstes Ziel aber bleibt, mehr Wachstum für mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Maßgebend bleibt die überarbeitete Lissabon-Strategie, die ergänzt wird durch den überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Sozialagenda und die Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Im Fokus stehen außerdem die Themen, die beim informellen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU in Hampton Court im Oktober 2005 als größte Herausforderungen der Globalisierung ausgemacht wurden: Forschung und Entwicklung, Universitäten, demografische Entwicklung, Energie, Migration und Sicherheit. Für den Bereich Justiz und Inneres bleibt das Haager Programm, das 2007 neu ausgerichtet werden soll, die Leitlinie.

Außenpolitisch bleiben Erweiterung und Nachbarschaftspolitik bedeutsam.

Zu den Maßnahmenpaketen im Einzelnen:

Wohlstand

Für 2007 rechnet die Kommission mit den ersten spürbaren Ergebnissen infolge der sukzessiven Umsetzung Nationaler Reformprogramme. Bei ihren eigenen Maßnahmen wird die Kommission vier Schwerpunkte setzen: Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, Verbes-

serung der Rahmenbedingungen insbesondere für KMU, Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten für jede Altersgruppe und Erarbeitung eines europäischen Energiekonzepts, das Versorgungssicherheit gewährleistet und effiziente Technologien fördert.

Letztgenanntes Ziel hat besondere Priorität: die Kommission will nach den vorgelegten Grünbüchern detaillierte Vorschläge zur weiteren Liberalisierung des Energiemarktes vorlegen. Die Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Energiemärkte soll vorbereitet und die Liberalisierung der Bereiche Elektrizität und Gas vollendet werden.

Dasselbe gilt für die Binnenmärkte Dienstleistungen (Schaffung eines Einheitlichen Europäischen Zahlungsverkehrsraums bis 2010, weitere Liberalisierung bei Finanzdienstleistungen). Die Kommission kündigt einen Aktionsplan für intermodale Verkehrslogistik an sowie Maßnahmen zur besseren Nutzung des kommerziellen Potentials der Binnenschifffahrt (NAIADES-Plan). Den Bereich der Drahtloskommunikation will sie fördern und das Konzept für Frequenzzuweisungen umsetzen. Der Verteidigungsgütermarkt soll flexibilisiert und mittels neuer Vorschriften und Verfahrensvereinfachungen verstärkt dem Wettbewerb ausgesetzt werden. Bei der legalen Migration will sie vor allem Vorschläge zur Aufnahme hochqualifizierter Arbeitskräfte vorlegen.

Solidarität

Die Kommission stellt die Nachhaltigkeit von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in den Mittelpunkt. Sie betont die Bedeutung der

überarbeiteten Sozialagenda und kündigt eine „neue Generation von Solidaritätsprogrammen“ an, die Grundlage einer neuen Kohäsionspolitik sein sollen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung des ländlichen Raums zuteil. Außerdem stehen der Schutz der biologischen Vielfalt, die EU-Meeresspolitik, die Förderung erneuerbarer Energien und der Klimaschutz auf der Agenda. Der Emissionshandel soll überarbeitet und Vorschläge für den Ausbau sauberer Kohletechnologien gemacht werden.

Neben arbeitsrechtlichen Maßnahmen wird die Kommission sich im Bereich Justiz und Inneres u.a. dem Erb- und Testamentsrecht, der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, Mindeststandards bei Beweisregeln und der einheitlichen Auslegung der Datenschutzrichtlinie widmen.

Sicherheit und Freiheit

Das Haager Programm, dessen erste Überprüfung noch 2006 ansteht, bleibt der Handlungsrahmen. Die Abschaffung der Grenzkontrollen im Zuge der letzten Erweiterung und die Ausdehnung des Schengengebiets stehen an. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung und -prävention (strafrechtliche Ermittlungen, Maßnahmen zum Zeugenschutz, Ausbau der Krisenreaktionskräfte) bleibt ein wichtiges Tätigkeitsfeld.

Außerdem sollen Präventionsbemühungen zum Schutz der Bürger vor Krankheiten, Terroranschlägen und anderen Katastrophen verstärkt werden. Die Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) zum Schutz vor Naturkatastrophen wird 2007 anlaufen. Eine neue EU-Tiergesundheitsstrategie soll Kohärenz und Effizienz fördern.

Außenpolitik

Im Rahmen der Heranführungshilfen und der Entwicklungszusammenarbeit starten die neuen Programme 2007 – 2013. Zu welchem Zeitpunkt Bulgarien und Rumänien beitreten, wird sich voraussichtlich noch in der ersten Hälfte 2006 entscheiden. Die Kommission wird das Monitoringverfahren in Mazedonien fortführen, ebenso die Verhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Der Westliche Balkan bleibt ein Schwerpunkt der Aktivitäten. Mit der Ukraine soll über ein Nachfolgeabkommen zum derzeitigen

Kooperationsabkommen verhandelt werden; Gleiches gilt für Russland. Mit China will die Kommission über ein neues EU-China-Rahmenabkommen verhandeln.

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Regionen sollen zum Abschluss gebracht werden. Hilfen für die AKP-Staaten, die von der Zuckerreform betroffen sind, werden ausgebaut. Im Rahmen der begonnenen Neukonzeptionierung der EU-Außenhilfe soll die gemeinsame Planung mit den Mitgliedstaaten verbessert werden. Eine Ausdehnung der Rückübernahmeabkommen und gemeinsame Standards für die Rückführung von Drittstaatlern sollen zu einer besseren Steuerung der Migration beitragen.

Die Kommission erwartet 2007 „erste Früchte“ der Doha-Runde. Solidarität mit den Entwicklungsländern soll einhergehen mit einer Erschließung neuer Märkte für Waren und Dienstleistungen.

Außerdem: Bessere Rechtssetzung

Die Kommission will die Qualität ihrer Gesetzesinitiativen verbessern und durch Folgenabschätzung wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen systematisch untersuchen. Hierzu erwartet sie 2007 Ergebnisse einer externen Analyse. Das Gemeinschaftsrecht soll in rollierenden Dreijahresprogrammen vereinfacht werden. Insbesondere für die Bereiche Umwelt, Industrie und Verbraucherschutz sowie das Arbeitsrecht und wichtige Binnenmarktsektoren gibt es bereits konkrete Planungen.

Human- und Finanzressourcen

Die Haushaltsbehörde hat die Einstellung von 3960 neuen Bediensteten (2003-2008) genehmigt, die durch die Erweiterung um zehn Mitgliedstaaten notwendig wurde. Der Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 erfordert nach Ansicht der Kommission 850 neue Bedienstete. Im Rahmen einer stufenweisen Anpassung sind für 2007 250 Einstellungen geplant. Die Kommission will einen zentralen Personalpool einrichten im Umfang von 1 % des gesamten Personalbestandes und strebt eine flexiblere Stellenplanung an.

Da die finanzielle Vorausschau 2007 – 2013 noch der Umsetzung harrt, enthält die vorgelegte Strategieplanung ausnahmsweise keine Verteilung der Finanzressourcen.

Quellen:

- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Jährliche Strategieplanung für 2007, KOM(2006) 122 endgültig.

Heike Baddenhausen; Carsten König, Fachbereich XII – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de